

**Stadtrat**

Beschluss

vom 15. Januar 2002

Nr. 1480

Postulat

**Postulat Walter Brunner und Ida Kraner-Bürge: Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt; Erheblicherklärung**

Die Schulverwaltung berichtet im Einvernehmen mit der Verwaltung der Sozialen Dienste: Walter Brunner und Ida Kraner-Bürge reichten zusammen mit 36 Mitunterzeichnenden am 20. November 2001 ein Postulat betreffend Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1** Das Postulat verlangt unter Beizug einer externen Fachperson die Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes für eine familien- und kinderfreundliche Stadt, um darauf abgestützt die Frage beantworten zu können, ob und wie in der Stadt welche Angebote verbessert und koordiniert werden können. Das Postulat nimmt damit ein Anliegen auf, welches bereits im Leitbild der Stadt aus dem Verständnis für eine umfassende Jugendpolitik Eingang fand, nämlich Jugendpolitik, welche die Lebensbedürfnisse und Lebensräume der Jugend, der Familie, der Schule und der Freizeit als Ganzes erfasst, und welche ein partnerschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten erfordert. Vor diesem Hintergrund bestehen in der Stadt St.Gallen durchaus Konzepte zur Jugendpolitik mit einer Vielzahl von städtischen und privaten Förder- und Unterstützungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Diese Konzepte sind das Konzept für die Offene Jugendarbeit, das Konzept für die Familienergänzende Betreuung, das Konzept für die Gesundheitsförderung in der Schule, das Konzept zur Finanzierung der Kinderkrippen sowie das Sportkonzept. Grundlage dieser aufeinander abgestimmten Konzepte ist das städtische Leitbild. Auf dem Leitbild und den erwähnten Konzepten bauen die Angebote des Jugendsekretariates sowie des Schul- und des Sportamtes auf. Darauf basieren aber auch die städtischen Grundsätze zur Unterstützung verschiedenster Institutionen und Projekte zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Der Stadtrat hat dazu anlässlich der schriftlichen Beantwortung der Interpellation „Unterstützung von privaten Eltern- und Mütterprojekten“ am 26. Januar 1999 ausführlich



Stellung genommen. Zur darin aufgeführten umfangreichen Liste der unterstützten Anbieterinnen und Anbieter bzw. der unterstützten Projekte sind inzwischen weitere gekommen wie das Projekt „Mobile“ des Ostschweizerischen Vereins für das Kind mit Elternberatung, Elternbildung und Erziehungsberatung sowie das Projekt „Familien unterwegs“ der pro juventute mit einer Übersicht über Veranstaltungen für Familien, Eltern und Erziehende in St.Gallen.

Daneben bestehen verschiedene Angebote von Trägern, welche keine finanzielle Unterstützung beanspruchen. Hier vollbringen vor allem die Kirchen beachtliche Leistungen.

Sämtliche Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien sind im Sozialverzeichnis der Verwaltung der Sozialen Dienste einsehbar. Dieses Verzeichnis ist im Internet abrufbar und soll im Weiterausbau mit direkten Links zu den anbietenden Institutionen ausgestattet werden. Weitere Informationen bieten die Internet-Auftritte des städtischen Jugendsekretariates, des Schulamtes und des Sportamtes sowie die Infothek des Jugendsekretariates. Einblick in die wichtigsten Angebote der Eltern- und Erziehungsberatung gibt auch der von der pro juventute herausgegebene Sammelprospekt „Eltern mit Kleinkindern“, ebenso der pro juventute - Faltprospekt „Familien unterwegs“. Schliesslich haben auch die Abteilungssekretariate der Verwaltung der Sozialen Dienste und der Schulverwaltung Kenntnis über das aktuelle Angebot in der Stadt St.Gallen und können entsprechende Anfragen verbindlich beantworten.

Der Stadtrat beurteilt daher die Gesamtheit der vorhandenen und zusätzlich in Bearbeitung stehenden Angebote (neu familienergänzende Betreuung im Vorschul- und Schulalter) zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt als genügend. Allein schon diese Ergänzungen des Angebotes werden erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Ebenso genügen nach seiner Ansicht die Instrumente, welche interessierten Personen die Möglichkeit bieten, sich Kenntnis über die Förder- und Unterstützungsangebote zu verschaffen. Diese Beurteilung wird dadurch verstärkt, dass der Stadtrat mit der am 16. Januar 2001 erfolgten Erheblicherklärung des Postulates betreffend „Familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter: Ausbau des Angebotes“ die Erarbeitung von Grundsätzen zur Weiterentwicklung des Krippenangebotes in Aussicht stellt und er in den Legislaturzielen die Absicht bekundet, eine zentrale Triage-Stelle „Sozial-Info“ einzurichten. Er sieht daher keine Notwendigkeit, ein Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt im Sinne des Postulates neu zu erstellen.



**2** Demgegenüber sieht der Stadtrat Handlungsbedarf in der Koordination der genannten Förder- und Unterstützungsangebote. In der Stadt hat die Anzahl der in der Jugendpolitik tätigen Institutionen und mit ihnen die Anzahl der Angebote stetig zugenommen. Nur zum Teil sind diese Angebote auf Grund städtischer Konzepte gesteuert. Sie gingen vielmehr aus einem aktuellen Anlass oder Ereignis hervor oder aus der Abklärung eines speziellen Bedürfnisses. Eine Koordination dieser Angebote erfolgte bisher nur in Einzelfällen. Sie beschränkte sich auf jene Kinder-, Jugend- und Familienprojekte, welche aktuell von der Stadt finanziell unterstützt werden. Nur solche Projekte werden aus einer gesamtstädtischen Sicht bezüglich Bedarf, Nutzung von Synergien, Finanzierung und Qualität beurteilt. Auf die Ausgestaltung der übrigen Angebote erfolgt keine Einflussnahme. Daraus ergibt sich ein zusätzlicher Koordinationsbedarf.

Bestrebungen in dieser Richtung sind bereits auf verschiedenen Ebenen im Gange. So hat die Konferenz für Jugendfragen die Frage nach einer besseren Koordination für Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit aufgenommen. Sie hat als erstes eine Auslegeordnung über die Tätigkeiten der verschiedenen Träger im Bereiche Kinder- und Jugendarbeit veranlasst und von der Jugendarbeiter- und Jugendarbeiterinnen-Konferenz eine Beurteilung der Vernetzung und Zusammenarbeit aller in der Konferenz zusammengeschlossenen Institutionen unter Einbezug der pro juventute, der Stiftung Suchthilfe sowie der Stadtpolizei verlangt. Dazu liegt der Konferenz für Jugendfragen eine erste Stellungnahme vor.

Eine verbesserte Koordination der Angebote strebt ebenfalls die „Kinderlobby St.Gallen“ an. Diese befasst sich mit der Koordination jenes Teils der Kinderarbeit, welcher sich mit Kinderrechten im Allgemeinen und dem Recht der Kinder auf Partizipation im Speziellen auseinandersetzt.

Aus dem Selbstverständnis und der aktuellen Aufgabenstellung heraus vermögen weder die Konferenz für Jugendfragen noch die Kinderlobby eine gesamtstädtische Koordination der Kinder- und Jugendarbeit wahr zu nehmen. Dies gilt ebenso für eine gesamtstädtische Koordination der Angebote der Elternbildung und Erziehungsberatung durch das Abteilungssekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste, welchem eine koordinierende Funktion lediglich im Rahmen der Prüfung eines Subventionsbegehrens zukommen kann. Die Koordination aller Angebote soll daher im Sinne des Postulates verbessert werden.

**3** Dieser Koordination sind aber Grenzen gesetzt. Sie sind dann überschritten, wenn unter Koordination eine zentrale Steuerung dieser Angebote mit inhaltlichen Vorgaben durch eine öffentliche Stelle verstanden wird. Ein solches Verständnis der Koordination würde die



Eigeninitiative und die Selbstverantwortung derjenigen Institutionen beschränken, welche ihre Leistungen in Eigenverantwortung ohne städtischen Beitrag erbringen. Die Beschneidung privater Initiative und privatverantworteten Handelns kann kein Ziel städtischer Jugendpolitik sein. Ebenso wenig kann es Ziel sein, eine zentrale, öffentliche Koordinationsstelle damit zu beauftragen, jedes einzelne Förder- und Unterstützungsangebot inhaltlich und umfangmässig zu prüfen und abzustimmen.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat, das **Postulat mit folgendem geändertem Wortlaut erheblich** zu erklären:

„Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien besser koordinieren will.“

Der Stadtrat beschliesst auf Antrag der vortragenden Verwaltungsabteilungen:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird Kenntnis genommen.
2. Der Schulvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Beilage:  
Postulat

Protokollauszug an:  
Schulverwaltung (3)  
Verwaltung der Sozialen Dienste (3)  
Finanzverwaltung (3)  
Stadtkanzlei

